

gen, in einem außerordentlich günstigen Verhältnis und zu einem im Vergleich zu anderen Nahrungsmitteln billigen Preise? — daß die Milch auch volkswirtschaftlich ein höchst wichtiges Erzeugnis ist und einen kostbaren Schatz bildet, den das arme Deutschland aus eigener Scholle heben kann? — daß volkswirtschaftliche wie ernährungs-physiologische Gründe uns gerade in unserer Notzeit zwingen müssen, deutsche Milch und deutsche Milchzeugnisse statt ausländischer Nahrungsmittel zu genießen? — daß es zur Erreichung einer aktiven deutschen Handelsbilanz unerlässlich ist, auf die Einfuhr ausländischer Milch und Molkeerzeugnisse zu verzichten? — daß auf Anregung des Sächs. Landesmilchschaffers alle sächsischen Bahnhöfswirte verpflichtet sind, für die Reisenden Milch bereitzustellen? — daß Rat und Auskunft in allen auf dem Gebiete der Milchwerbung stehenden Angelegenheiten, sowie Werbe- und Aufklärungsmaterial ausschließlich beim Sächs. Landesmilchschaffers e. V., Dresden N. 6, Große Meißner Str. 15, zu haben ist?

**Großröhrsdorf.** (Kirche.) Wie vorgestern in der Kirche vermeldet worden ist, wird Herr Volksschullehrer Kurt Bach nächsten Sonntag als Kantor eingeführt werden. Die Einweisung des Herrn Pfarrer Hahn wird am 26. Februar, die des Herrn Pfarrer Thomas am 18. März stattfinden, jedoch nach 1/2 jähriger Vakanz zu Ostern das kirchliche Wesen wieder in Ordnung sein wird.

**Kamenz.** (Keine Wahlenthaltung der Jungdeutschen!) Die Bruderschaft Kamenz des Jungdeutschen Ordens hielt am Sonntag eine Veranstaltung von großem Zuschnitt ab. Nach Begrüßungsworten des Großmeisters von Kamenz, Messerschmidt, behandelte der stellvertretende Ordenskanzler, Herrmann (Berlin), das jungdeutsche Manifest. Bei der Würdigung des Manifestes muß man von der Geschichte unseres Volkes ausgehen. Wir kommen von zwei Gestaltungsstufen des Deutschen Reiches, von zwei Kaiserreichen, her, und die Linie geht auf das dritte Reich, auf den Volksstaat. In seinen Schlussworten suchte der Redner den Kampf des Ordens gegen Geheimrat Hugenberg zu rechtfertigen und klarzustellen, daß kein Gegensatz zur Deutschnationalen Volkspartei bestehe. Gegenüber der Notwendigkeit, gegen das Grundübel der Zeit anzugehen, habe der Orden „noch keine Zeit“, gegen alles undeutsche Gift, gegen Judentum, Altklein- und Maffpresse und Freimaurertum, zu kämpfen. Verborgen seien ihm diese Schädlinge darum nicht. Mit großer Entschiedenheit wendete sich der Redner gegen den Antisemitismus gewisser rechtsradikaler Verbände. Die Sozialdemokraten seien wirtschaftspolitisch ganz biedere Leute geworden und nähmen es mit der Sozialisierung nicht mehr ernst. Das Lieberkapitel sei die eigentliche Gefahr. Ihm gälte auch die Wahlenthaltung, die Mahrau als den „Generalstreik gegen das Großkapital“ proklamiert habe. Wann dieses äußerste Mittel einmal angewendet werden müsse, stehe dahin. Daß die parlamentarische Demokratie den Jungdeutschen freilich schon jetzt herzlich gleichgültig sei, müsse bekanntwerden.

**Wiesla.** (Unregelmäßigkeiten im Bürgermeisterrat.) Die seit einigen Wochen umgehenden Gerüchte über Unregelmäßigkeiten im Bürgermeisterrat von Wiesla sind, wie das „Kamener Tageblatt“ mitteilt, nicht unbegründet. In der Kasse ist ein größerer Fehlbetrag festgestellt worden, der sich noch nicht hat aufklären lassen. Die Untersuchung schwebt noch. Einstweilen ist alles geheißen, um Verdunkelungen zu verhüten. Bürgermeister Schnorbusch ist bis auf weiteres vom Amte beurlaubt. Die Gemeinde wird voranschreitlich keinen Schaden erleiden, da auf dem Grundstücksbesitz des Bürgermeisters eine Sicherungshypothek eingetragen wurde.

**Löbau, Sa. (Fabrikexplosion.)** Durch Selbstentzündung von Benzingasen explodierte in dem Gummiwerk Kniepert eine im oberen Stockwerk im Fabrikgebäude untergebrachte Streichmaschine mit derartiger Gewalt, daß der größte Teil der Fensterscheiben zertrümmert wurde; etliche Türen wurden eingedrückt und die schwere Decke des Raumes stürzte ein. Ein Zufall war es, daß nur ein Arbeiter schwer und eine Arbeiterin leicht verletzt wurde. Der Gebäudeschaden ist bedeutend. Ein betriebs-technischer Fehler hat nicht vorgelegen, vielmehr ist die Explosion auf eine Verkettung unglücklicher Umstände zurückzuführen.

**Dresden.** (Die Vernehmung von Kindern und Jugendlichen in Strafsachen.) Zu der heißen Frage der Vernehmung von Kindern und Jugendlichen in Strafsachen veröffentlicht das Justizministerium für den Freistaat Sachsen, Nr. 1 vom 27. Januar, Bestimmungen, die es den Richtern, den Beamten der Staatsanwaltschaft und den Rechtsanwältin zur Pflicht machen, mit Verständnis für das Seelenleben der Kinder und Jugendlichen die Gefahren solcher Vernehmungen zu verringern und zu vermeiden. Alle Strafsachen, in denen Kinder und Jugendlichen beteiligt sind, sollen möglichst beschleunigt und die Zahl der Vernehmungen möglichst eingeschränkt werden. Das gilt insbesondere bei Sexualdelikten, bei denen die Vernehmung im Ermittlungsverfahren grundsätzlich durch den Staatsanwalt persönlich, im Verbandsverfahren durch den Jugend- oder Vormundschaftsrichter und gegebenenfalls unter Hinzuziehung von besonders geschulten oder bewährten Polizeibeamten in den Gerichten, zu erfolgen hat. Jede Quasiprüfung der Polizei über das zur Aufnahme der Strafverfolgung überhaupt erforderliche Mindestmaß hinaus ist unbedingt zu vermeiden. Ist die Aussage eines Kindes nicht nur von erheblicher Bedeutung, so sind alle Umstände, die für die Beurteilung ihres Wertes wichtig sein können, sorgfältig festzustellen, wobei dafür Sorge zu tragen ist, daß die Ermittlungen ohne Nachteile für die Jugendlichen bleiben. Diesem Zweck soll vor allem die Zugabe des Jugendamtes und der von ihm oder beim Jugendgericht zugelassene Hilfsorganisationen der Jugendfürsorge dienen. Entscheidend für die Führung des Schulbeweises die Aussage von Kindern oder Jugendlichen wesentlich, so soll in allen wichtigen Sachen zu den Vernehmungen im Ermittlungsverfahren eine in der Psychologie der Kinder und Jugendlichen theoretisch geschulte und praktisch erfahrene Persönlichkeit hinzugezogen werden. Da der starke Eindruck, den eine Vernehmung des Beschuldigten auf jugendliche Zeugen macht, leicht deren Aussagen zu ungunsten des Beschuldigten beeinflussen kann, soll in jedem einzelnen Fall die Staatsanwaltschaft die Notwendigkeit der Untersuchungshaft sorgfältig prüfen und auf eine Einschränkung ihrer Anwendung auf das unumgänglich notwendige Maß hinwirken. — Als jugendlich im Sinne dieser Vorschriften gilt, wer das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und wer, obwohl älter, nach Wesensart und Grad der geistigen, sittlichen und körperlichen Reife wie ein jugendlicher behandelt werden muß, und wenn die Vorgänge über die er als Zeuge zu hören ist, vor Vollendung des 16. Lebensjahres liegen.

**Erautenau i. B. (Lohnstreik in der ostböhmerischen Textilindustrie.)** In der nordböhmerischen Textilindustrie hat ein harter Lohnstreik eingesetzt. Die Arbeiterchaft beharrt auf ihren geordneten höheren Löhnen.

partei, der Parteiführung und den Fraktionen Dank und Anerkennung für ihre verdienstvolle Arbeit aus. Alle Angehörigen der Partei in Stadt und Land rufen der Parteiaussschuß auf, in Treue, Einigkeit und geschlossener Front zu ermöglichen, ihre erfolgreiche Arbeit weiter fortzusetzen.

### Die Volkspartei zum Reichsschulgesetz.

Halle. In einer vom Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei veranstalteten öffentlichen Kundgebung sprach der Kulturpolitiker der Deutschen Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete Kunkel, über die Volkspartei-

liche Mitarbeit am Reichsschulgesetz. Kunkel erklärte, sollten die ultimativen Forderungen des Zentrums an die Volkspartei Tatsache werden, wonach zu den Paragraphen 9, 14 und 20 ihre von der Mehrheit des Ausschusses angenommenen Anträge zurückgenommen werden sollten, so werde die Deutsche Volkspartei in diesen Punkten keine Zugeständnisse machen können, da sie ebenso wie die anderen Parteien hier grundsätzliche Forderungen vertrete.

Geheimrat Kunkel sieht für diesen Fall den weiteren Beratungen über das Reichsschulgesetz sehr pessimistisch entgegen.

Die Arbeitgeber haben zwar bereits nachgegeben; sie erklären aber sowohl die Form als auch die Höhe der Forderungen als unannehmbar und untragbar, jedoch der Streit eine erhebliche Verschärfung erfahren hat.

### Die sächsische Regierung zu den Forderungen der Landwirtschaft.

Ministerpräsident Heide erklärte auf die Forderungen der Landwirtschaft, die von einer Abordnung des Sächsischen Landbundes im Anschluß an die Hauptversammlung des Bundes der Regierung vorgetragen wurden, daß die sächsische Regierung unabhängig von der Weiterleitung der Forderungen an die Reichsregierung den am schwersten betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben Hilfe bringen wolle. In sich sei die Reichsregierung in der Hauptsache für diese Maßnahme zuständig. Danach werde sie folgende Erleichterungsmaßnahmen vornehmen:

Die an sich am 1. Januar 1928 fällig gewordenen Rückzahlungsraten der im Frühjahr 1925 gewährten Saatgut- und Düngemittelkredite sollen augenblicklich nicht eingezogen werden, vielmehr soll die Rückzahlung dieser Kredite in fünf Jahresraten erst am 1. Januar 1929 beginnen. Allerdings muß hierzu vorher noch Verlängerung der von den Bezirksverbänden übernommenen Bürgschaft nachgeschickt werden. Die Regierung wird sich darum bemühen. Vor 1928 sollen für diese Kredite Zinsen nicht gefordert werden, ebenso will die Regierung davon absehen, diejenigen Zinsbeträge, die die Verwaltungsbehörden für das vergangene Jahr gefordert hatten, nachträglich einzufordern. Vom 1. Januar 1929 ab soll der Zinssatz für die noch ausstehenden Raten von 5 auf 3 Prozent herabgesetzt werden.

Ebenso sollen für die im Jahre 1926 gewährten sogenannten Umstellungskredite zur Förderung des vermehrten Futterbaues für das laufende Jahr keine Zinsen gefordert werden. Der Zinssatz wird vom 1. Januar 1929 an ebenfalls von 5 auf 3 Prozent herabgesetzt werden. Den durch starke Verschuldung ihrer Betriebe gegenüber der preussischen und sächsischen Roggenrentenbank besonders schwer betroffenen Landwirten soll überall da, wo die Verhältnisse des Betriebes und seiner Eigentümer staatliche Hilfe rechtfertigen, durch Gewährung von Zinsvorszügen für die nächste Zeit fühlbare Entlastung nach Maßgabe der im Rechtsausschuß bereits gegebenen Regierungserklärung gewährt werden. Die entsprechenden Anordnungen sind nach Prüfungnahme mit den Berufsvertretungen der Landwirtschaft an die Verwaltungsbehörden ergangen. Die erforderlichen Mittel sind im Etat eingestellt. Der Wirtschaftsminister und der Finanzminister versicherten darüber hinaus, daß sie entschlossen seien, im Rahmen ihrer Zuständigkeit und der durch die allgemeine wirtschaftliche Notlage gezogenen Grenzen der kritischen Lage der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Von seiten der Landwirtschaftsvertreter wurde betont, daß die Zusagen der Regierung nicht ausreichen, um die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe wieder herzustellen und daß weitere umfassende Maßnahmen des Reiches und der Länder dringend notwendig seien.

### Tagungen in Sachsen.

**Dittschentagung der Deutschen Volkspartei.**

Als Auftakt zu den kommenden Wahlen hielt der Wahlkreisverband Ostachsen der Deutschen Volkspartei in Bautzen seinen Wahlkreisvertretertag ab. Zu den wichtigen Beratungen waren u. a. erschienen: Volksbildungsminister Dr. Kaiser, die Landtagsabgeordneten Oberbürgermeister Dr. Häfner, König und Beck, die Reichstagsabgeordneten Staatsminister a. D. Dr. Heinze, Dr. Schneider und Habemann-Sildeheim. Letzterer hielt ein Referat über die mittelständische Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei im Rahmen der großen deutschen Wirtschaftspolitik. In bezug auf das Handwerk betonte der Redner, daß nicht nur die Großindustrie, sondern gerade auch das Handwerk durch Modernisierung seiner Einrichtung sich innerlich rationalisieren habe. Eine weitere Entlastung müsse durch eine baldige Steuerentlastung geschaffen werden. Als Grundlage einer Vereinfachung empfahl der Redner eine Einkommen- und eine Hauszinssteuer. Für die Beibehaltung eines Mieterschutzes trete die Deutsche Volkspartei insoweit ein, als die Wohnungszwangswirtschaft nur allmählich abgebaut werden könne. Um der mittelständischen Wirtschaft zu helfen, sei eine Anrufbelohnung der deutschen Bauwirtschaft erforderlich, die allerdings voraussetze, daß die staatlichen Mittel nicht nur den Baugesellschaften, sondern auch dem Privatmann zur Verfügung gestellt würden. Als zweiter Redner sprach Erzelenz Dr. Heinze über die politische Lage im Reich. Im Mittelpunkt der deutschen Innenpolitik stehe augenblicklich das Reichsschulgesetz, dessen Inhalt der Redner in kurzen Zügen erläuterte, um sodann auf die vielumstrittene Ley Saxonia einzugehen. Da es unmöglich sei, die bestehenden sächsischen Schulen ganz zweifelsfrei in eine der im Reichsschulgesetz genannten Schultypen einzugliedern, habe der Bildungsausschuß des Reichstages mit Mehrheit beschlossen, die sonst für die Umwandlung von Schulen in eine andere Schulart vorgesehene Zweidrittelmehrheit auf einfache Mehrheit dann zu beschränken, wenn im Lande seit der Revolution eine grundlegende Änderung des Charakters der Volksschule durch die Landesgesetzgebung erfolgt sei. Als letzter Redner in der Wahlkreisvertretertagung ergriff Staatsminister a. D. Büniger das Wort über die politische Lage in Sachsen. Der Vortragende gab zunächst eine Schilderung von der Tätigkeit des neuen Landtages, dessen Gesicht sich nach der letzten Wahl wesentlich verändert habe. Bedauerlicherweise sei durch diese eigenartige Zusammenkunft eine positive Arbeit ziemlich ausgeschlossen. Die Verbekraft des deutsch-volksparteilichen Gedankens habe sich immer durchgesetzt.

### Reichsbund Vaterländischer Arbeitervereine.

Am Sonntag, dem 29. Januar, fand in Chemnitz eine Tagung des Bezirks- und Landesverbandes des Reichsbundes Vaterländischer Arbeitervereine statt. Auf der Bezirkstagung sprach Bundesgeschäftsführer Heinrich Heß-Berlin und Landesobmann Rißschle-Leipzig. Letzterer gab in klaren Ausführungen das Wirtschaftsprogramm des Bundes bekannt. Dieses stellt den Gemeinschaftsgedanken in den Vordergrund im scharfen Gegensatz zu den sozialdemokratischen Klassenkämpfen und verlangt einen Aufbau der Wirtschaft, der den Unternehmer und Arbeiter verantwortungsbewußt in den Vordergrund stellt. Bundesgeschäftsführer Heß sprach über die Ziele der neuen Bewegung, die keine Lohnbewegung sein dürfe, und einst nach erfolgreichem Kampfe die deutsche Arbeiterchaft nicht so enttäuschen dürfe, wie die marxistische Bewegung nach 60jährigem Kampfe im Jahre 1918. Auf der Landestagung in Sachsen des Reichsbundes begrüßte Landesobmann Rißschle die erschienenen Vertreter von 54 Vereinen und gab bekannt, daß Anfang März ein außerordentlicher Bundestag in Halle a. d. S. stattfinden wird. Weiter wurde über die Vereinstätigkeit in Sachsen verhandelt, wo besonders das Vogtland über Fortschritte berichten konnte. Über auch sonst in Sachsen habe der Gedanke der Berggemeinschaft sich durchgesetzt und viele Anhänger gefunden und das Interesse der Parteien und der großen Wirtschaftsverbände in hohem Maße geweckt.

### Leipziger Tagung deutscher Privatbankiers.

In Leipzig fand am Sonntag die 6. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Privatbankiers e. V. unter dem Vorsitz von Alfred Maron, Dresden, statt. Der Syndikus des Verbandes, Geheimrat Oberregierungsrat Schmidt, erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorzuhelien ist: Die geschäftlichen Ergebnisse des Kalenderjahres 1926 sind für das private Bankgewerbe in Abreinstimmung mit der günstigen Allgemeinentwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926 durchweg befriedigend gewesen. Das Kontokorrentgeschäft mit der in Betracht kommenden mittleren und kleineren Kundschaft war weiter unglücklich beeinflusst durch das ständig zunehmende Vordringen der Sparkassen in dieses Gebiet. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen der beiden Spitzenverbände (Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes einerseits und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes andererseits) sind auch in der Berichtszeit nicht zum Abschluß gekommen. Nur so viel ist klar geworden, daß die vom Bankgewerbe angeforderte sogenannte „Große Verständigung“, nämlich eine deutliche Abgrenzung der sogenannten „Sparkasseneigenen“ von den sogenannten „Sparkassenfremden“ Geschäften und die Heranziehung der Sparkassen für letztere zu den gleichen Steuerlasten, wie sie das private Bankgewerbe zu tragen hat, als gescheitert zu betrachten ist. Die Berichtszeit brachte das Wiedererleben des Gedankens der Einrichtung von Postsparkassen, dem das gesamte Bankgewerbe, wie es auch bereits öffentlich zum Ausdruck gekommen ist, ablehnend gegenüber stehen müsse. Die Vereinstätigkeit erhielt auf wichtigen Gebieten ihr Gepräge durch das im Abkommen vom 26. Oktober 1925 geordnete Zusammengehen mit dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. — Vorstand und Ausschuß wurden sachgemäß entlastet. Die aus dem Ausschuß sachgemäß auscheidenden Herren wurden wiedergewählt, die Wahlen der vom Ausschuß zugewählten Mitglieder, nämlich der Herren Hugo Marx i. Fa. Heinrich und Hugo Marx, München, und Edgar Pic i. Fa. Pic u. Cie., Stuttgart, bestätigt.

### Strefemann vor dem Reichstag.

371. Sitzung vom Montag, 30. Januar.

In der Reichstagsitzung am Montag stand die zweite Lesung des Haushaltsplanes für das Auswärtige Amt auf der Tagesordnung. Gleich nachdem Dr. Soehsch, der deutschnationale Abgeordnete, als Berichterstatter über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses gesprochen hatte, erhob sich der Reichsaussenminister. Er ging von der Dentschrift aus, die die Reichsregierung dem zurzeit in Prag tagenden Sicherheitskomitee des Völkerbundes zugeleitet habe. Die Dentschrift der Reichsregierung erbringe den Beweis, daß es ihr mit dieser Zusicherung ernst sei.

Es sei eine Binsenwahrheit, daß der Völkerbund den Zweck der friedlichen Zusammenfassung aller Staaten im Ernstfalle nicht mehr erfüllen könne, wenn ein einheitliches Vorgehen durch Spaltung seiner Mitglieder in entgegengesetzte Gruppen unterbunden werde. Schon rein psychologisch würde eine große Gefahr darin liegen, wenn in der Öffentlichkeit auch nur der Anschein erweckt würde, als ob es sich weniger um die Sicherung des Friedens als um die unmittelbare Vorbereitung des nächsten Krieges handelte. Das Sicherheitsproblem sei nur so zu lösen, daß die gefuchte Regelung den Interessen sämtlicher Staaten gleichmäßig Rechnung träge.

Eine politische Bedeutung erhält die Rede des Außenministers erst, als er auf

### die Verhandlungen mit Litauen und Polen

zu sprechen kommt. Ueber die Verhandlungen mit Litauen sagte Dr. Strefemann nicht wesentlich mehr, als in dem amtlichen Bericht zu finden ist. Bei der Darstellung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen ging der Außenminister von der zweijährigen Geschichte dieser Verhandlungen aus. Er ging dabei auf die landwirtschaftlichen Fragen ein und sagte, es werde Aufgabe der Reichsregierung sein, unserer Landwirtschaft den Schutz zu lassen, den die Rücksicht auf die Stärkung des inneren Marktes und die gegenwärtige Notlage der deutschen Landwirtschaft erforderte. Andererseits müsse auch erwartet werden, daß nicht durch Uebertreibungen eine Erregung in die beteiligten Kreise getragen werde, die ihren eigenen wohlverstandenen Interessen nicht dienen könne. Wir finden gegenüber in Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Polen, Litauen und Griechenland.

Unter lebhaftem Hört Hörl der Linken des Reichstages erklärt der Reichsaussenminister, daß Handelsverträge nicht ein Geschenk an einen anderen Staat seien. Man habe ausdrücklich sich gegenüber Polen auf den Abschluß eines kleinen Handelsvertrages beschränkt, weil man auf die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft habe Rücksicht nehmen wollen. Er müsse nochmals be-